

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 69. Ratssitzung vom 30. Oktober 2019

1811. 2019/171

Weisung vom 08.05.2019:

Kultur, Leitbild der Kulturförderung für die Jahre 2020–2023, Kenntnisnahme

Antrag des Stadtrats

Vom Leitbild der städtischen Kulturförderung für die Jahre 2020–2023 (Beilagen) wird Kenntnis genommen.

Referent zur Vorstellung der Weisung:

Mark Richli (SP): *Es handelt sich um das fünfte Kulturleitbild, seit das Instrument auf Wunsch des Gemeinderats 2003 eingeführt wurde. Dieses hat sich als praktisch erwiesen und ermöglicht es dem Gemeinderat, die Kulturpolitik auf einer seriösen Basis periodisch zu diskutieren. Es schafft aber keine Rechtsgrundlagen; über alle Subventionen berät der Gemeinderat einzeln. Die Erarbeitung des Leitbilds ist ein längerer Prozess, der auf Erfahrungen, Beobachtungen, Analysen und Gesprächen mit allen Beteiligten beruht. Mit abgebildet wird dabei der finanzielle Aufwand für die Kulturförderung. Dieser liegt in den letzten Jahren unverändert bei rund 1,24 % des gesamten städtischen Finanzaufwands. Das vorliegende Leitbild zeigt auf, dass die übergeordneten Herausforderungen an die Stadt auch Auswirkungen auf die Kulturförderung haben: Das Wachstum, die zunehmende Diversität, der Druck auf den Raum, die Digitalisierung und Beschleunigung. Das Kulturleitbild will mit verschiedenen Schwerpunkten darauf reagieren: Rahmenbedingungen verbessern, die Beweglichkeit erhöhen, in Förderlandschaften denken, die Teilhabe stärken und die Diversität fördern sowie ein Labor für neue Formen der Kulturförderung aufbauen. Zu den Schwerpunkten bei den Rahmenbedingungen gehören etwa zehn neue mobile Boxen für Musikerinnen und Musiker oder die Erhöhung der Subvention für das Haus Konstruktiv. Zum Schwerpunkt Beweglichkeit gehört der Vorschlag, für die Dienstabteilung Kultur wieder ein Globalbudget einzuführen oder die Überprüfung, ob die städtischen Theater als Einheit innerhalb der Verwaltung sinnvoll organisiert sind. Ein wichtiger Punkt ist das Projekt Tanz- und Theaterlandschaft, das aber separat beraten werden wird. Im Rahmen der Kulturlandschaften wird ebenfalls die Musikhalle Maag überprüft. Zu den Schwerpunkten Teilhabe und Diversität gehört das Ziel, dass mehr kulturelle Anlässe in den Quartieren stattfinden sollen. Ein konkretes Projekt ist hier Hombis Salon. Im Weiteren geht es um das Ziel, Diversität auch in Leitungs- und Vorstandsgremien zu fördern. Das Labor für neue Formen der Kulturförderung soll als dreijähriges Projekt realisiert und wissenschaftlich ausgewertet werden. Dies umreisst in groben Zügen den Inhalt des Leitbilds, eine politische Würdigung werden die Fraktionserklärungen vornehmen.*

(Fraktionserklärungen siehe Beschluss Nrn. 1812/2019–1816/2019)

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Mark Richli (SP): Ich habe zur Kenntnis genommen, dass die AL die Mehrheitsmeinung der Kommission offenbar nicht mehr unterstützt. Für die restliche Mehrheit gilt nach wie vor, dass sie die Kenntnisnahme mit unterschiedlicher Begeisterung befürwortet. Die Argumente sind im Einzelnen aus den Fraktionserklärungen deutlich geworden.

Stefan Urech (SVP): Die SVP stört sich insbesondere an der politisierten Kultur. Die Fraktionserklärungen der Befürwortenden haben es deutlich gemacht, dass sie eine zentrale Aufgabe der Kulturförderung in der Volksbildung sehen. Kultur soll die Sinne schärfen und aufzeigen, worüber nachzudenken sich lohnt. Ganz verwerfen würde ich diese Aussagen nicht, sie gelten aber nur, solange das Ganze einigermaßen ausgewogen ist. Wie politisch einseitig der Auftrag ausgeführt wird, zeigt sich an den Kulturveranstaltungen in den vergangenen Jahren. Vor allem auf den Theaterbühnen werden immer wieder dieselben Themen bewirtschaftet: Waffenexporte, Flüchtlinge, Kapitalismuskritik und Kritik an der SVP. Die in der Stadt und im Gemeinderat vorherrschende Ideologie wird aber fast nie hinterfragt. Einzelne Kulturinstitutionen nehmen sogar zu Abstimmungen explizit politische Stellung und geben linke Abstimmungsempfehlungen. Propaganda durch Kulturveranstaltungen und Medien ist nichts Neues, das machten bereits andere Regimes. Mich beunruhigt aber mein Eindruck, dass die Mehrheit die Propaganda selber gar nicht mehr bemerkt. Meine Gespräche mit Verantwortlichen vermitteln mir das Gefühl, diese seien so von ihrer Wahrheit überzeugt, dass sie gar nicht mehr sehen, dass es in dieser Stadt auch noch andere Überzeugungen gibt. Für uns ist dieses Kulturleitbild diskriminierend, wir fühlen uns nicht ernst genommen. Nicht nur in den politischen Aussagen ist die Theaterlandschaft gleichgerichtet, sondern dies stellt auch ein Bericht fest, der die Stadt selber in Auftrag gegeben hat: «Vergleicht man die drei grossen Häuser, Schauspielhaus, Neumarkt und Gessnerallee, stellt man fest, dass es beim Programm, künstlerischen Personal und der angebotenen Ästhetik grosse Überschneidungen gibt.» Diesen Bericht wollte die Stadtverwaltung dann einfach unter den Tisch fallen lassen und hat ein neues Consultingbüro beauftragt, um eine günstigere Analyse zu schreiben. Weil wir uns zu den von diesem Kulturangebot Benachteiligten zählen, ist das für uns kein Leitbild, sondern ein «Leidbild». Bei der Ausarbeitung von solchen Leitbildern und gerade vielleicht auch im neu geplanten Labor empfehle ich den Verantwortlichen, nicht nur jene Personen zu befragen, die in der gegenwärtigen Kulturszene tätig sind und sich gegenseitig befragen, sondern mehr auf den Bürger und auf Otto Normalverbraucher hören.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

STP Corine Mauch: Alle vier Jahre berichtet der Stadtrat dem Gemeinderat über die kulturpolitischen Herausforderungen und legt dar, wie man als Stadt damit umgehen will. Das Leitbild soll also Rechenschaft ablegen und Transparenz über die Planung schaffen. Damit soll es eine Debatte in der Kulturszene, in der Bevölkerung wie auch in der Politik anregen. Dies gelingt dem Leitbild offenbar gut. In Zürich ist die Kultur gut

aufgestellt. Es ist deshalb auch nicht Sinn und Zweck des Leitbilds, alles über den Haufen zu werfen. Vielmehr sollen klare neue Akzente gesetzt werden. Künstlerinnen, Künstler und Kulturinstitutionen leisten einen wesentlichen Beitrag zum Zusammenhalt unserer Gesellschaft und spielen eine wichtige Rolle bei der Gestaltung des gesellschaftlichen Wandels. Zur Form, in der die Kunst dies leistet, gehört auch ab und zu die Provokation, denn diese kann die Debatte anstossen und das Nachdenken anregen. Der angesprochene Wandel findet statt, ob man ihn will oder nicht. Es ist immer schwieriger, sich unsere Zukunft konkret vorzustellen. Dass Veränderungen nicht einfach als Bedrohung, sondern auch als Chance wahrgenommen werden können, setzt voraus, dass man sie gemeinsam reflektiert und diskutiert. Dem Austausch in einer städtischen Gesellschaft kommt in dieser schnelllebigen Zeit eine immer grössere Bedeutung zu und Kultur bietet dafür den Raum und die Plattform. Wollen wir mit Unvorhersehbarkeit produktiv umgehen, müssen wir das Neue suchen. Kunstschaffende sind dafür Expertinnen und Experten. Der Stadtrat ist überzeugt, dass Kultur dazu beiträgt, dass Menschen mit Neuem eher zuversichtlich und neugierig umgehen können. Die unterschiedlichen Beispiele, die die Rednerinnen und Redner in der Debatte herausgestrichen haben, zeigen, wie vielfältig das kulturelle Schaffen in Zürich ist. Dieser Vielfalt und Qualität Sorge zu tragen, ist besonders wichtig. Deshalb hat der Begriff der Teilhabe ein grosses Gewicht im Kulturleitbild. Es gilt daran zu arbeiten, dass für alle Interessierten ein Angebot vorhanden ist. So tragen wir letztlich auch Sorge zur Gesellschaft als Ganzes. Eine glaubwürdige, zukunftsorientierte Kulturpolitik muss bereit sein, sich die Frage stellen zu lassen und zu prüfen, ob das Bewährte und Vertraute auch das Richtige ist für die Zukunft. Das neue Fördersystem für Tanz und Theater ist eine Antwort auf diese Frage und bringt wesentliche Neuerungen. Es steht im Zentrum des Leitbilds neben weiteren Neuerungen wie dem Labor für Kulturförderung, das ein Prozess sein soll, bei dem zusammen mit Künstlerinnen und Künstler eruiert werden soll, wie die Kulturförderung auf die raschen und fundamentalen Änderungen unserer Lebenswelt reagieren soll. In diesem Sinn bietet das Kulturleitbild Orientierung und einen Diskussionsrahmen. Es baut auf vielen Gesprächen und Diskussionen mit den unterschiedlichsten Beteiligten auf, und an der Ausarbeitung waren zahlreiche Leute beteiligt. Ich bin von der Qualität des Kulturleitbilds überzeugt und bedanke mich insbesondere auch für die kritischen Inputs, die wir gern aufnehmen.

Weitere Wortmeldungen:

Yasmine Bourgeois (FDP): *Die FDP begrüsst das Ziel, die Teilhabe der Bevölkerung an der Kultur zu stärken, da es schon immer unser Ziel war, das Angebot mehr an der Nachfrage der Bevölkerung auszurichten. Im Leitbild heisst es, das Kulturangebot müsse auf eine immer diverser werdende Gesellschaft ausgerichtet werden. Betrachtet man das städtische Kulturangebot, insbesondere jenes einiger stark subventionierter Institutionen wie Schauspielhaus, Theater am Neumarkt und Theaterhaus Gessnerallee, so kann man nicht feststellen, dass diese dazu beitragen, eine immer diverser werdende Gesellschaft zu vereinen. Sie sprechen ein Publikum an, das laut einem städtischen Arbeitspapier vor allem als «jung, gebildet, trendbewusst, urban» und vor allem links ist. Um diese Einseitigkeit zu erkennen, brauchen wir kein Labor. Kommt hinzu, dass das Publikum nicht gerade in Scharen strömt. Nicht selten höre ich von Vertretern dieses*

Publikums, sie hätten die Vorstellung verlassen, weil es mit Verlaub einfach Mist sei, was da geboten werde. Pro Franken Eintritt wird das Schauspielhaus mit 7 Franken subventioniert, das Theater am Neumarkt sogar mit 10 Franken. Da gibt es andere Theater wie das Theater Rigiblick, das offenbar nur zur Unterhaltungskultur gezählt wird, dafür aber von einem breiten Publikum von links bis rechts besucht wird. Wir hoffen, dass der Stadtrat im Rahmen des Ziels, die Teilhabe der Bevölkerung zu stärken, den Fokus auch darauf richtet, Kultur mehr auf ein breites Publikum auszurichten und nicht nur auf seine eigene Klientel. Im Weiteren sagt der Stadtrat, das Angebot soll auf ein jüngeres Publikum ausgerichtet werden. Grundsätzlich wird die Stadtbevölkerung aber momentan immer älter. Will der Stadtrat der Tatsache ausweichen, dass das Angebot das Kulturbedürfnis unserer Gesellschaft eben nicht abdeckt? Das geplante neue Labor zur Kulturförderung soll wissenschaftlich von der ZHdK begleitet werden. Was in dem Labor erforscht werden soll, gehört genau zur Kernkompetenz der ZHdK. Diese wird damit bloss quersubventioniert. Auf Seite 14 des Leitbilds steht, die städtische Kulturförderung «trete abgesehen von den stadteigenen Kulturbetrieben [...] nicht als Schafferin von Kultur in Erscheinung». Das Labor widerspricht dem, denn es ist nicht Aufgabe der Stadt, nach neuen Kunstformen zu suchen. Kunst und Kultur sind schon da und müssen nicht von der Stadt geschaffen werden. Im Weiteren soll das Angebot den Bedürfnissen der wachsenden Bevölkerung gerecht werden. Ich verweise auf das Gutachten zur Kultur der Stadt Zürich von Plinio Bachmann, Marco Läuchli et al., das unter den Tisch gewischt worden ist. Es kommt zum Schluss, das Kulturangebot sei zu gross, weshalb eine Expansion der Angebote deshalb nicht die grundsätzliche Stossrichtung sein könne. Wo Angebote sich überschneiden, bedinge eine Fokussierung und Bündelung auch die Schliessung einzelner Institutionen. Als positiv erachten wir die Förderung der Kultur in den Aussenquartieren. Die genannte Verbesserung der Rahmenbedingungen heisst konkret die Erhöhung von Betriebsbeiträgen und Subventionen und die Lancierung neuer Projekte. Die FDP ist der Ansicht, dass die Stadt sich statt auf die Lancierung neuer Projekte und das experimentelle Erproben von Neuem besser auf das bestehende Angebot konzentrieren soll und dort Mittel streichen oder kürzen soll, wo die Angebote der Nachfrage nicht entsprechen. Das Ganze kostet die Stadt Zürich 9,6 Millionen Franken mehr als 2019. Kultur hat regelmässig darzulegen, dass sie einen gesellschaftlichen Mehrwert erbringt.

Dr. Balz Bürgisser (Grüne): *Das Leitbild löst keine Revolution im Zürcher Kulturleben aus, höchstens ein Revolutiönchen im Bereich Tanz und Theater unter anderem durch ein neues Fördermodell mit Konzeptförderung. Die Profile bestehender Institutionen werden so geschärft, und innovative Projekte insbesondere von freien Gruppen haben mehr Chancen auf Realisierung. Die Grünen begrüssen diese Stossrichtung und stellen die Frage, ob das Fördermodell auch auf andere Bereiche ausgedehnt werden kann. Zu den Strategieschwerpunkten: Der Punkt «Teilhabe stärken – Diversität leben» wurde aus dem vorherigen Leitbild übernommen. Für die Grünen ist dieser Schwerpunkt besonders wichtig. Frauen und Männer, Menschen mit und ohne Behinderung, Menschen aus allen sozialen Schichten sollen sich am kulturellen Leben beteiligen können und zwar auf allen Ebenen: als Zuschauende, Agierende, Mitglieder einer Jury oder eines Gremiums. Damit dies gelingt, braucht es grosse Anstrengungen. Insbesondere soll das*

Ziel der Teilhabe immer in die einzelnen Leistungsvereinbarungen einfließen. Wir haben den Eindruck, dass sich einige Institutionen um die Teilhabe aktiver bemühen als andere. Hier soll die Stadt in Zukunft genauer hinschauen. Die Absicht, die geographische Verteilung der Kulturangebote zu verbessern, ist lobenswert, da sich die meisten Institutionen und Veranstaltungen im Zentrum befinden. Praktisch kein Geld aus der Kulturförderung fließt deshalb in die Aussenquartiere. Kulturelle Angebote vor Ort sind jedoch wichtig für lebendige, lebenswerte Quartiere. Wir wollen uns dafür einsetzen und stehen hinter dem Kulturleitbild.

Maya Kägi Götz (SP): *Ich freue mich über das Statement, dass Kunst und Kultur schon da sind und teile diese Auffassung. Was aber Kultur und Kulturschaffende brauchen, ist eine Existenzgrundlage, Vermittlung und offene Zugänge. Der Dialog ist zentral, und auf die Freiheit der Kunst ist unbedingt zu achten. Publikumsbefragungen mögen in vielen Lebensbereichen sinnvoll sein, aber gerade im Kulturbereich sind sie nicht zum absoluten Massstab zu setzen. Das garantiert keine Qualität. Zu den Leistungsvereinbarungen: Wir haben den Eindruck, dass die Stadt hier viel gearbeitet hat und das Ganze viel transparenter geworden ist. Auch wenn der Gemeinderat im Detail nicht in allen Bewertungen einbezogen ist, so sind die Vereinbarungen doch ein verlässliches Instrument, und das Vertrauen in die involvierten Dienstabteilungen ist gerechtfertigt.*

Samuel Balsiger (SVP): *Überall steht Diversität in dem Dokument. Sie schreiben zwar Diversität, meinen aber Ideologie. Denn Diversität in den politischen Meinungen würde nie zugelassen in den städtischen Kulturinstitutionen. Sie würden nie erlauben, dass es etwa einen Poetry Slam über den Klimawandel gäbe oder in einem städtisch subventionierten Theater eine Vorstellung über den Sonderfall Schweiz, die immerwährende bewaffnete Neutralität, stattfinden würde, die einem rechtsgerichteten Bürger gefiele. Sie sprechen von Vielfalt, meinen aber linke Ideologie. Sie entlarven sich damit als unehrlich. Das Leitbild wäre viel ehrlicher, wenn darin stehen würde: Wir wollen nur linksgerichtete Meinungen hören und nur linksgerichtete Kulturschaffende und Institutionen unterstützen.*

Katharina Prelicz-Huber (Grüne): *Hört man die SVP, so könnte sie einem fast leidtun. Vielleicht müsste sie ja selbst über die Bücher gehen, wenn sie sich in dem grossen Kulturangebot so wenig wiederfindet. Das oberste Gebot ist nämlich die Freiheit der Kultur, und deshalb kann die Stadt wenig dafür, wenn es nicht viele Kulturschaffende gibt, die genau die Ideologie der SVP in Kultur verwandeln. Und über die konkreten Beispiele dafür ist sie dann ja auch nicht erfreut. Zurück zum Leitbild: Wir unterstreichen die Ziele, die freie Szene mehr zu fördern, mehr in die Quartiere zu gehen und mehr Teilhabe nicht zuletzt für Kinder und Jugendliche. Wir wollen aber auf keinen Fall die verschiedenen Akteure und Institutionen gegeneinander ausspielen. Gerade die grossen Häuser bieten eine wichtige Plattform auch für die freie Szene. Es braucht beides: die grossen Häuser und die freie Szene. Nicht zuletzt wegen dem hervorragenden und vielfältigen Kulturangebot steht die Stadt Zürich in internationalen Ratings so gut da. Denkt man an eine Ausweitung, so braucht es insgesamt mehr Geld und nicht einen Verdrängungskampf. Die Gesamtsumme der Kulturausgaben ist mit 1,24 % Anteil am Haushalt be-*

scheiden, wenn man den vielfach höheren Mehrwert berücksichtigt, der sich in der Lebensqualität, aber auch direkt wirtschaftlich niederschlägt. Es darf ein bisschen mehr sein für die Kultur in Zürich.

Dr. Jean-Daniel Strub (SP): Ich habe einen grundsätzlichen Vorbehalt gegenüber der frühen Schliessung der Redeliste, wenn wir Geschäfte aus den Kommissionen beraten, denn es ist bedauerlich, wenn man seitens Kommission nicht mehr auf Voten reagieren kann. Gerne hätte ich beispielsweise auf Ernst Danners (EVP) Votum reagiert, was jetzt nicht möglich ist. Ich rege eine Prüfung an, ob die Gepflogenheiten bei grösseren Geschäften angepasst werden können. Immer wieder ist der Kultur eine Politisierung unterstellt worden. Natürlich ist Kultur politisch. Aber die Tatsache, dass die SVP Themen nicht finden kann, die sie interessieren, heisst doch bei weitem nicht, dass diese nicht erlaubt wären. Ich erinnere an einen bekannten Schweizer Komiker mit Irokesen-Kamm, der nie Probleme hatte, sein Programm im Theater am Hechtplatz zu platzieren. Was Samuel Balsiger (SVP) unterstellt, ist die faktenfreie Behauptung, dass städtische Theater solche Auftritte verbieten würden. Das ist schlicht nicht wahr. Warum das Kulturschaffen gewisse Themen nicht in der von der SVP gewünschten politischen Färbung aufgreift, ist eine ganz andere Frage. Vielleicht ist die Kritik, die die Kultur stets formuliert, zurecht auf jene Phänomene gerichtet, wo es um die Infragestellung von Menschenrechten oder Diskriminierung geht. Zu behaupten, das Kulturleitbild sei diskriminierend, ist genauso haltlos wie die Unterstellung, die einen in diesem Saal würden Otto Normalverbraucher vertreten und die ändern nicht. Die reichhaltige und vielfältige Kulturszene ist die Stärke Zürichs. Den Verweisen auf das interne Arbeitspapier zur Angebotspalette im Bereich Theater halte ich entgegen, dass die Stadt eine viel umfassendere Studie durchführen liess, die zum klaren gegenteiligen Schluss kommt, dass es keine schwerwiegenden Doppelspurigkeiten oder Redundanzen gibt. Ich stelle fest, dass dieser zweite Bericht in Frage gestellt wird, bitte aber darum, wenigstens beide Publikationen zur Kenntnis zu nehmen. Auf dieser Grundlage gibt es keinen Anlass, eine der Institutionen grundsätzlich in Frage zu stellen.

Ernst Danner (EVP): Die EVP nimmt das Leitbild durchaus wohlwollend zur Kenntnis. Die politische Ausrichtung des Kulturbetriebs ist aus unserer Sicht bei weitem nicht so einseitig, wie sie dargestellt wird. Hier ist bei den Kritisierenden vielleicht eine Wahrnehmungsverzerrung zu vermuten. Vereinzelte Entgleisungen wie die «Entköpplung»-Veranstaltung am Theater Neumarkt, die in meinen Augen übel, undemokratisch und deplatziert war, überdecken dann die grosse Vielfalt der kulturellen Veranstaltungen, die grösstenteils gar nicht so politisch sind. Die Aussage, in den Quartieren laufe weniger, nehmen wir zur Kenntnis. Die EVP weist aber darauf hin, dass dies ein Stück weit kompensiert wird durch das breite kirchliche Angebot, das viel mit Kultur verbunden und extrem dezentral ist. Wir haben unser Augenmerk auf die Finanzen gerichtet und sind der Meinung, dass es eine Definition einer Gesamtsumme für den Kulturtopf braucht. Dann sollen die Kulturschaffenden das Beste daraus machen. Für die Vergangenheit haben wir diese Zahlen. Es handelt sich um rund 110 Millionen Franken Nettoaufwand (nach funktionaler Gliederung). Mit dem Kulturleitbild haben wir nur fragmentarische Informationen: Wir sehen nur, wie sich der Saldo der Abteilung Kultur verändert, aber auch dort sehen wir die Wirkung des Kulturleitbilds nicht. Das ist ein Mangel, und wir hätten das

gern viel detaillierter angesprochen. Unter der Annahme, dass sich die Kulturausgaben der anderen Dienstabteilungen nicht verändert haben, kommt man auf 1,3 % des Gesamthaushalts. Das ist eine massvolle Entwicklung, die wir mittragen können.

Yasmine Bourgeois (FDP): Wir finden es nicht zielführend, wenn schlecht ausgelastete Institutionen mehr zusätzliche Mittel erhalten mit der fragwürdigen Begründung, man könne unter finanziellem Druck nicht kreativ sein. Die vorgestellten Massnahmen kosten den Steuerzahler 9,6 Millionen Franken mehr als 2019. Wir sind der Ansicht, dass auch die kulturellen Institutionen ihren eigenen Beitrag zur Beschaffung von Mitteln leisten müssen. Das kantonal finanzierte und sehr gut ausgelastete Opernhaus erbringt diesen Tatbeweis seit Jahren. Kultur ist nicht nur das, was der Staat macht, Steuergelder kostet und wenig nachgefragt wird. Es ist wichtig, dass die Kultur regelmässig darlegt, welchen Mehrwert sie der Gesellschaft bringt. Die FDP unterstützt das Kulturleitbild, bittet den Stadtrat aber, die Kritikpunkte daran weiterhin zu beachten.

Samuel Balsiger (SVP): Niall Ferguson, einer der wichtigsten Historiker der Gegenwart, gibt die Antwort auf die Aussage von Katharina Prelicz-Huber (Grüne), es gebe so wenig SVP-Vertreter in der Kultur, weil die halt den Intellekt nicht hätten, oder so ähnlich. Laut Ferguson haben die Liberalen und Konservativen nach dem Kalten Krieg die Herrschaft über die Wirtschaftsordnung gewonnen und mit der freien Marktwirtschaft unseren Wohlstand ermöglicht, von dem auch die Linken profitieren; die Sozialisten und Kommunisten bestimmen im Gegensatz dazu den Kulturbetrieb. In einer solchen Ordnung könne es deshalb keinen rechtsgerichteten Direktor einer Institution geben, weil dies zu Protesten all der Linken führen würde, die dort arbeiten. Genau wegen dieser jahrzehntelangen Intoleranz gibt es so wenig rechtsgerichtete Künstler. Ich erinnere daran, dass STP Corine Mauch gesagt hat, Kunst müsse provozieren und zur Diskussion anregen. Als aber Andreas Thiel kritisch über den Islam referierte und eine Weltreligion in ein Licht gerückt hat, die die Linke als schlecht empfindet, ist der ganze linke Kulturbetrieb auf die Barrikaden gegangen und hat Thiel aus dem Zürcher Kulturbetrieb hinausgedrängt. Nach der Veröffentlichung von Thiels Artikel in der Weltwoche hat das Theater am Hechtplatz seine Auftritte um 65 % reduziert. Wer sich getraut, im Kultur-Schickeria-Kuchen eine andere Meinung zu haben als eine linke, wird in seiner beruflichen Existenz zerstört. Noch einmal: Sie reden von Diversität, meinen aber Ideologie.

Änderungsantrag

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt folgende Änderung zum Antrag des Stadtrats:

Vom Leitbild der städtischen Kulturförderung für die Jahre 2020–2023 (Beilagen) wird ablehnend Kenntnis genommen.

8 / 8

Mehrheit: Mark Richli (SP), Referent; Präsident Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Isabel Garcia (GLP), Simone Hofer Frei (GLP), Maya Kägi Götz (SP), Patrik Maillard (AL), Ursula Näf (SP), Urs Riklin (Grüne)
Minderheit: Vizepräsident Stefan Urech (SVP), Referent; Roger Bartholdi (SVP)
Enthaltung: Yasmine Bourgeois (FDP), Christian Huser (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 102 gegen 15 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit: Mark Richli (SP), Referent; Präsident Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Isabel Garcia (GLP), Simone Hofer Frei (GLP), Maya Kägi Götz (SP), Ursula Näf (SP), Urs Riklin (Grüne)
Minderheit: Vizepräsident Stefan Urech (SVP), Referent; Roger Bartholdi (SVP)
Enthaltung: Yasmine Bourgeois (FDP), Christian Huser (FDP), Patrik Maillard (AL)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 92 gegen 16 Stimmen (bei 9 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Vom Leitbild der städtischen Kulturförderung für die Jahre 2020–2023 (Beilagen) wird Kenntnis genommen.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 6. November 2019

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat